



Leseprobe aus Bruns und Ronge, Die Irritation
der Gesellschaft durch den Lockdown, ISBN 978-3-7799-6682-1
© 2022 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6682-1](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6682-1)

Inhalt

Einführung	7
Die Irritation der Gesellschaft durch den Lockdown – Gespräch zwischen <i>Werner Bruns</i> und <i>Volker Ronge</i>	13
Herrschaft und Kompetenz: Disruptionen durch die Pandemie in Deutschland <i>Thomas Jäger</i>	22
Die Corona-Pandemie – Eine Irritation in der und für die Wirtschaftswissenschaft? <i>Marcel Tyrell</i>	44
Demokratie und Grundrechte in Krisen <i>Ralph Westerhoff</i>	64
Corona und die stickige Debattenkultur <i>Eckhard Jesse</i>	78
Corona als Katharsis: warum Deutschland einen neuen Qualitätsjournalismus braucht <i>Martin Kothé</i>	92
Der städtische Sozialraum als Krisenregion – Globalisierung und lokale Demokratie am Beispiel der Corona-Pandemie <i>Werner Schönig</i>	109
Die Corona-Pandemie: Handeln im Krisenmodus – Ein soziologischer Blick <i>Andrea Maurer</i>	123
Der Lockdown, ein Treiber der chronischen Anomie in Deutschland <i>Werner Bruns</i>	141
Der Staat des multifunktionalen Liberalismus – Zu den Entscheidungsprämissen der nächsten politischen Ökologie <i>Steffen Roth</i>	154
Zwischen Objektivitätsanspruch, Komplexitätskontrolle und Diskursausschluss – Eine systemische Pandemie-Reflexion <i>Heiko Kleve</i>	173

Volkswille, Mediendemokratie und der Policy-Prozess – Lehren aus der Ausnahmefall-Typologie <i>Markus Müller</i>	188
Corona-Demonstrationen als Phänomen der Individualisierung – Eine systemtheoretische Betrachtung der „Straße“ <i>Petra Bruns</i>	200
Autor_innen	220

Einführung

Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei. Wer weiß, wie lange sie noch fortbesteht: mit neuen Virusvarianten, Rückkehr zu den inzwischen etablierten Abwehr- und Schutzmechanismen. Vielleicht wird eine Dauerbedrohung daraus, der gegenüber man sich permanent aufmerksam und gewappnet halten muss. Mit den inzwischen, im Lauf des Jahres 2021, eingetretenen, genauer: staatlich zugelassenen, Erleichterungen ist keineswegs der Status quo ante eingekehrt, die „alte, frühere Normalität“. Die „neue, vielleicht dauerhafte Normalität“ lässt sich noch kaum erahnen. Der neue Maßstab der Ansteckungs-Inzidenz unterwirft Gesellschaft und Politik einer vollkommen neuartigen Norm. Es gibt sie nicht nur als Bundesnorm, sondern unterhalb einer Notfallschwelle unterschiedlich in den Bundesländern. Es gäbe viel darüber zu sagen, aber hier, in der Stoßrichtung dieses Buches, geht es um weniger – das aber zugleich mehr ist:

In diesem Sammelband geht es um den LOCKDOWN – den sozialwissenschaftlich interessanten und sozialwissenschaftlich thematisierbaren und behandelbaren Aspekt der Coronavirus-Pandemie, die in den vergangenen zwei Jahren die Gesellschaft in Deutschland und darüber hinaus in der Welt bestimmt hat. Es geht hier allerdings nicht um die Pandemie als solche und insgesamt. Die Fokussierung auf ihren Lockdown-Aspekt ist zwingender Ausgangspunkt einer jeden sozialwissenschaftlichen Betrachtung, wenngleich diese (Selbst-) Beschränkung nicht immer – und zwar in weiten Bereichen tatsächlich eher nicht – eingehalten wird. In Bezug auf die Corona-Pandemie haben durchgängig medizinische, insbesondere virologische Expert_innen die öffentliche Debatte dominiert. Dass diese Fokussierung einseitig und beschränkt ist und durch die Aspekte und Sichtweisen anderer Wissenschaftsdisziplinen aufgehoben werden muss, wurde meistens ignoriert. Inzwischen haben die Sozialwissenschaften diesen teils fremd-, teils selbstverschuldeten Rückstand etwas aufgeholt, aber immer noch zu wenig.

Für den sozialwissenschaftlichen Blick ist es hilfreich, dass sich dafür ein eigener Begriff ausgebildet hat, der auch in der Öffentlichkeit ohne Weiteres verstanden wird: der LOCKDOWN. Dass es ein aus dem Englischen entlehnter Terminus ist, der ursprünglich aus ganz anderem Kontext stammt, sei hier nicht weiter kommentiert. Im Corona-Kontext lässt sich Lockdown etwa so übersetzen, dass es um das durch staatliche Regelung heruntergeschraubte, eingeschränkte öffentliche Leben geht. Diese Regulierung impliziert die Einschränkung gewohnter und verfassungsmäßiger Freiheiten des Individuums, es bedeutet aber viel mehr, betrifft den Verkehr und die Versorgung und das Zusammentreffen mit anderen. Ein besonders augenfälliger Teil dieses Modus von Gesellschaft ist das Gebot des „physical distancing“, nicht zufällig wieder ein

englischer Terminus. Im Deutschen könnte man es als die bußgeldbewehrte Regel eines einzuhaltenden räumlichen Abstands zu anderen, ein Abstandsgebot bzw. Näherungsverbot bezeichnen. Darunter fällt dann auch die Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske oder das Verbot von früher üblichen Begrüßungsgesten wie Händeschütteln oder Küssen. Es gibt kompensatorisch gemeinte Auswirkungen davon, z. B. eine lächerliche Grußberührung mit den Ellbogen.

So angenehm und für die Kommunikation vorteilhaft es ist, einen Terminus zu haben, den jeder auf Anhieb versteht, den man nicht erst mühsam und aufwendig erläutern muss, so falsch wäre die Vorstellung, dass damit schon allen alles klar sei. Mitnichten! Mit dem Lockdown-Begriff verbindet sich zunächst – und auch vollkommen zutreffend – die auch emotionale Vorstellung eines bestimmten Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft bzw. Bevölkerung: Staatliche Maßnahmen beeinträchtigen, knebeln das Leben der Menschen und verhindern viele vordem „normale“ gesellschaftliche Vorgänge und Prozesse. Der Lockdown hat, m. a. W., jedenfalls für die meisten eine negative Konnotation, er ist in hohem Maße einschränkend und deshalb unerwünscht. Das ist vollkommen richtig, aber er soll doch, als staatliche Maßnahme, der gesundheitlichen Sicherheit der Menschen dienen. Auch richtig. Allerdings gibt es vielerlei andere staatliche Maßnahmen und Strukturen, die sich diesem Ziel auch verschrieben haben – ganz normal, ohne emotional Aufhebens zu provozieren. Betriebliche Hygienevorschriften und -überwachung, intensiviert in sensiblen Betrieben wie Küchen, Gastwirtschaften, Hotels, Fitnessstudios, Schulen, Krankenhäusern usw. Dafür unterhält der Staat eine große Ansammlung von Ämtern auf allen Ebenen: Gesundheitsämter, Ständige Impfkommision, Ressortforschungseinrichtungen wie das Robert-Koch-Institut, Gesundheitsministerien. Alles ganz normal, alles ständig aktiv. Und alles mit Regulierung, mit Ge- und Verboten, mit Auflagen, mit Überwachung verbunden, hinter denen dann zur Legitimation entsprechende Gesetzgebung steht. Die begriffliche Vorstellung von Lockdown geht darüber hinaus, ohne sich damit grundsätzlich vom sozusagen normalen auf Gesundheitsschutz ausgerichteten staatlichen Bereich abzulösen. Dieser „normale“, etablierte Gesundheitsschutz des Staates ist zu unterstellen, vorauszusetzen. Die Rede vom Lockdown impliziert ein Mehr, eine Steigerung, eine Regulierungs- und Überwachungsintensivierung. Rechtliche Grundlage dafür ist eine soziale Notlage, die man früher als „Seuche“ bezeichnet hat und jetzt „Infektionsschutz“ heißt. Eine solche Notlage ermöglicht dem Staat eine Vielzahl verschärfter Eingriffe. Mit dem – weder rechtlichen, noch administrativen – Lockdown-Begriff werden sie alle zusammengefasst, insofern sie in Summe das gesellschaftliche Leben erheblich stärker regulieren, überwachen, beeinträchtigen als „normalerweise“ gegeben.

Daraus folgt für eine intensivierete analytische Fokussierung des Lockdowns eigentlich das Erfordernis eines systematischen Überblicks des gesundheitsrechtlichen, -politischen, administrativen und institutionellen Bereichs. Das freilich

kann mit diesem Buch nicht geleistet werden. Hier geht es, das Ganze mehr oder weniger unscharf voraussetzend (wer kennt sich schon mit den Aufgaben und Strukturen der kommunalen Gesundheitsämter oder den Eingriffsmöglichkeiten des Infektionsschutzgesetzes aus?), um die verstärkte, intensiviertere Regulierung und deren Auswirkungen in der Gesellschaft: das ist Lockdown.

Das Ziel der in diesem Band zusammengestellten Artikel ist die Betrachtung des Lockdowns aus diversen unterschiedlichen Perspektiven: Perspektiven verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen – von Soziologie und Politikwissenschaft über Jurisprudenz und Sozialpädagogik – und unterschiedlicher theoretischer „Ansätze“ (approaches) innerhalb derselben; Perspektiven darüber hinaus von Wissenschaft, Politik und Medien. Man könnte das als **Kontextuierung** bezeichnen – nicht oberflächlich, sondern in der jeweils etablierten Praxis-, Beobachtungs- und Analysewelt. Wie also stellt sich der Fall der Corona-Regulierung des Lockdowns im jeweiligen etablierten und tradierten Kontext dar. Das ist die vorteilhafte Abkehr von spontanen und eklektischen Interpretationen.

Diese Art des Zugangs zum Thema riskiert, ja verbürgt geradezu Uneinheitlichkeit: am Ende steht nicht ein einziges und Gesamt-Urteil – war der Lockdown gut oder schlecht, notwendig oder überflüssig, überzogen oder angemessen –, sondern ein fundiertes Interpretationsangebot aus verschiedenen Expertenkreisen heraus. Die Argumentationen der einzelnen Artikel in diesem Band und ihre Autoren stehen jeweils für sich ein. Die Herausgeber haben sie nicht in ein stromlinienförmiges Bett gepresst. Auch eventuell dabei vorgenommene Wertungen der Autoren wurden nicht eingeebnet. Es geht uns um die Einbettung in den jeweiligen disziplinären oder funktionalen Kontext. Denn so einfach ist der Fall, der Sachverhalt, das Thema der Corona-Regulierung mitnichten. Die Verständigung darüber hat gerade erst begonnen. Sie soll aber mit möglichst viel Expertenwissen erfolgen – das ist die Absicht und das Ziel dieses Buches. Dies ist, keine Frage, ein Luxus: Politik kann sich solche Distanz nicht leisten, sie muss Entscheidungen unter Druck treffen. Aber nur aus der entspannten Distanz, jenseits der virologischen Expertisen, lässt sich eine angemessene Beurteilung erzeugen, deren es ebenso bedarf wie schnelles Entscheiden. Und diese Diskussion kann für den nächsten vergleichbaren Fall eine hoffentlich bessere, angemessenere, richtigere Praxis und Entscheidung weisen.

Das führt zu einer weiteren Kontextuierung des gerade erlebten Lockdowns: einer historischen Einordnung. Natürlich ist jeder Fall einmalig, wiederholt sich nicht. Die wichtigere Frage ist jedoch, ob sich der singuläre Fall in eine historische Tendenz einordnen lässt und vergleichbar ist mit anderen Fällen. Diese Frage lässt sich nur mit Abstand zum Fall beantworten. Nur aus der Distanz kann man ein Muster oder eine Tendenz erkennen – was dann eine neue Sicht auf den Fall möglich macht. Die Tendenz-Kontextuierung des Corona-Lockdowns könnte

durchaus verstörend wirken. Die Rückkehr zur „Normalität“ in solcher Kenntnis könnte mit einer Warnung verbunden sein.

Die am Beginn des Corona-Lockdowns noch verbreitete Annahme, dass die Sache schnell bewältigt sein und vorübergehen werde und man schon bald wieder zur alten, gewohnten Normalität, zum „status quo ante“, zurückkehren werde, hat sich mit der Dauer des Lockdowns weitgehend zerschlagen. Damit stellt sich die Frage, wie denn die Post-Corona-Normalität überhaupt aussehen wird. Eine sozusagen „große“ Frage dabei, vielleicht die wichtigste, betrifft die Sicht der Bevölkerung auf die staatliche Funktion und Rolle – ein Thema, das unmittelbar mit dem Charakter und Verständnis unseres demokratischen Systems zusammenhängt. Denn die Demokratie bildet das Regulativ des Staates in der – und gegenüber der – Bevölkerung bzw. Gesellschaft. Hat sich durch den Lockdown, seine Anwendung und politische Begründung, in dieser Hinsicht etwas verändert? In welche Richtung? Die Bevölkerung, und nicht nur ein Teil von ihr, hat den Lockdown schließlich erlebt, und zwar über eine längere zeitliche Dauer, mit vielfältigen Abbildungen und Diskussionen in den Medien. Hat sich in der Bevölkerung durch die Erfahrung mit dem Lockdown eine andere Vorstellung vom Staat, von der Politik, von der demokratischen Gesetzgebung herausgebildet? Wie wird z.B. nach dem Corona-Lockdown der deutsche Föderalismus betrachtet? Oder wie die Rolle der Kommunen? Ist Deutschland dadurch autokratischer geworden – in der Sicht der einschlägigen Wissenschaften und, davon mehr oder weniger unabhängig, der Bevölkerung? Gibt es Konsequenzen in der schulischen Sozialisation? Hat sich unser gesellschaftliches Selbstbild verändert? Und wie geht die politische Bildung damit um? Die ist ihrerseits durch die wissenschaftlichen Sichtweisen von Politologie, Soziologie, Jurisprudenz, Sozialpädagogik mindestens mitbestimmt. Welche Veränderungen haben sich damit – wie folgenreich und dauerhaft – ereignet durch die empirische Erfahrung mit dem Lockdown? Welche Einflüsse haben dabei die Massenmedien (Presse, Fernsehen)?

Betrachtet man die bereits erkennbaren Konsequenzen aus dem erlebten Lockdown, dann fällt auf, dass verstärkte Digitalisierung offenbar die wichtigste Konsequenz zu sein scheint. Vereinfacht: Home-Office, Home-Schooling, Digital Meetings, Sport- und Kulturveranstaltungen ohne Publikum, die zunächst als Modi aus der Not heraus entwickelt wurden, erscheinen plötzlich als Vorzüge, die mithilfe verstärkter Digitalisierung jetzt als geradezu erstrebenswerte Ziele angesehen werden. Der Lockdown also als hilfreicher Schub in diese Richtung. Aber was sind die Konsequenzen? Die Nebenwirkungen? Was wissen wir darüber? Wie sehen die Diskurse dazu aus? Was sagen die wissenschaftlichen Experten dazu? So gesehen, bildet der von den meisten ungewollte, unbeliebte, nur zur Krisenbewältigung eingesetzte Lockdown, sozusagen hinterrücks, einen historischen Glücksfall. Ist das so? Der Lockdown als Katalysator für eine größere historische Entwicklung: die weitergehende Digitalisierung, also Technisierung der gesellschaftlichen Beziehungen.

In diesem Band finden sich leider keine international vergleichenden Texte. Der Ansatz des „comparative government“ erfolgt in den deutschen Sozialwissenschaften wenig. Es ist allerdings zuzugeben, dass er in der Forschung ziemlich aufwendig ist und Zeit braucht. Vielleicht hängt dieses Defizit aber auch damit zusammen, dass Deutschland, zumindest in Europa, zu den großen Ländern gehört und die Forschung sich zunächst oder hauptsächlich auf das eigene Land beziehen kann; in kleineren Ländern würde das anders aussehen.

Die Komposition dieses Buches kann und will keine einfache Botschaft erbringen. Die einzelnen Beiträge stehen, bei aller Bezugnahme auf das Lockdown-Thema, für sich selbst. Unsere Editions-Message ist, die Komplexität der Sache zu zeigen, zumindest anzudeuten. Für einen Diskurs über unsere Gesellschaft „nach dem Corona-Lockdown“, unter anderem hinsichtlich des damit erreichten Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Denn darum geht es in einem demokratischen System. Unsere These ist: mit dem Lockdown hat sich vieles verändert in unserer Gesellschaft, vielleicht auch Grundlegendes.

Werner Bruns und Volker Ronge

Die Idee zur Erstellung dieses Buches entstand im Rahmen eines von den Herausgebern geführten Werkstattgesprächs des Europa-Instituts für Erfahrung und Management-METIS der Rheinischen Fachhochschule Köln. Die pointierten Thesen von Volker Ronge zum Lockdown waren Anlass für diesen Band.

Die Irritation der Gesellschaft durch den Lockdown – Gespräch zwischen Werner Bruns und Volker Ronge

Herr Ronge, Sie waren Rektor der Universität Wuppertal und sind ein renommierter Soziologe. Macht Ihnen eigentlich der Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in den USA und Deutschland Angst?

Angst ist nicht der passende Begriff aus der Perspektive des wissenschaftlichen Beobachters. Ich mache mir Sorgen um die Abkehr von demokratischen Werten und Praktiken. In den USA bewegt sich der tradierte Pluralismus von Meinungen in Richtung gewaltförmiger Austragung und Intoleranz. In Deutschland, woran ich mehr interessiert bin, kehren wir in die Kategorie der autoritären, staatszentrierten Regierungssysteme zurück, aus der uns die Reeducation-Politik der westlichen Alliierten nach dem Krieg ziemlich erfolgreich befreit hatte. Jedenfalls im Westen der alten Bundesrepublik. Für die SBZ, später DDR, gilt das natürlich nicht. Ideologisch galt dieser Teil Deutschlands deshalb eher als Gegner. Ein Rückfall in die altdeutsche oder sozialistische Staatsdominanz bereitet mir tatsächlich Sorge, auch akademisch, denn in der allgemeinen Gesellschaftstheorie haben wir für eine möglichst empirisch plausible Modellierung der Gesellschaft zu sorgen.

Daraus ergeben sich für mich viele interessante Aspekte, vor allem zur Staatsdominanz und zur Modellierung der Gesellschaft. Doch zunächst nochmal zur Reeducation der Alliierten. Ist sie denn tatsächlich in der alten Bundesrepublik angekommen? Wenn ja, was war dabei die treibende Kraft des politischen Erziehungsprozesses?

Die Zielsetzung der insbesondere von den Amerikanern verfolgten Reeducation Politik war, die Deutschen aus ihrer über die Nazizeit weit zurückreichenden, traditionellen Staatsorientierung zu lösen und eben damit in den Kreis der „westlichen“, demokratischen und pluralistischen, Regierungssysteme zu integrieren, zu dem sie bis dahin eben nicht zählten. Symbole dieser auf Bildung und Wissenschaft abzielenden Politik waren z. B. die Einrichtung von Kulturvermittlungseinrichtungen wie Amerikahäuser, British Councils und Maisons Francaises in vielen deutschen Städten, die tatkräftige Unterstützung der Ablösung der neugegründeten „Freien Universität“ von der traditionellen Humboldt-Universität in Ost-Berlin, die Neugestaltung des Föderalismus ohne Preußen, die Errichtung eines vollkommen neuen Ausbildungsweges und -Instituts für den Politikernachwuchs und die Politikwissenschaft in Westberlin (Otto-Suhr-Institut) ohne Dominanz des Staatsrechts u. a. m.

Mit der sich schon bald nach dem Krieg herausgebildeten neuen Ost-West-Konfliktlage ergab sich schon bald eine gemeinsame Stoßrichtung gegen den Sozialismus, der seinerseits auch durch einen überstarken und autoritären Staat geprägt war (Stalinismus). Das westliche Modell richtete sich also gegen die deutsche Staatstradition und den Staat des Realsozialismus gleichermaßen und verband das westliche Deutschland mit den westlichen Nachbarländern.

Der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel wurde zum Zwecke der Reeducation von den USA „entsandt“, woraufhin er mit seinen Schriften einen bedeutenden Beitrag zur Demokratietheorie geleistet hat. Ist nach dem 2. Weltkrieg das Anliegen, das Konzept der Alliierten und das von Fraenkel aufgegangen?

Jedenfalls in den westlichen Besatzungszonen/Bundesländern ist das Reeducation-Anliegen positiv und konstruktiv aufgenommen worden, zumal damit nicht selten Finanzierungshilfen verbunden waren, wie z. B. die für das Audimax der FU in Berlin (Henry-Ford-Bau) oder die Ausstattung vieler Amerika-Häuser mit moderner sozialwissenschaftlicher Literatur.

Waren diese Initiativen denn besonders erfolgreich?

Eine folgenreiche institutionelle Innovation, mit der die Rolle des Staates und der Politik vermindert wurde, war die Einfügung einer Herrschaftsebene oberhalb von beiden in die deutsche Verfassung nach dem Muster des amerikanischen Supreme Court. Durch dessen Entscheidungen wurde der Exekutive ihre strukturelle Herrschaftsposition genommen. Gegen jedes staatliche Handeln konnte man jetzt reklamierend sich eine Oberentscheidung holen, die auf der Basis der Verfassung mit gerichtlicher Gründlichkeit getroffen wurde. Das war nicht mehr der Verordnungsmodus, mit dem in der Weimarer Republik regiert wurde.

Ich kann Ihrer Argumentation entnehmen, dass Sie davon ausgehen, dass die Reeducation der Deutschen einen Höhepunkt erlebte, es dann aber einen Punkt gab, an dem es eine Umkehrung des Prozesses gab. Wann setzte der ein?

Mit der Studentenbewegung 1966/67 und mit den antiamerikanischen Demonstrationen wegen des Vietnamkriegs kann man sagen: Beides – das im Zuge der Reeducation auf westliches Niveau abgemilderte Bild vom Staat sowie das positive Image der US-Amerikaner in Dankbarkeit für ihre Reeducation-Hilfe – fand Mitte der 60er Jahre ein jähes Ende, als der Vietnam-Krieg die moralischen Motive der Amerikaner untergrub, was in weltweiten Demonstrationen Ausdruck fand, und zeitgleich, wenn auch nicht kausal verbunden, in Studentendemonstrationen mündete, gegen die deutsche staatliche Organe mit großer Brutalität vorgingen, insbesondere in Westberlin. Eine zunehmend marxistisch angeleitete Interpretation des staatlichen Handelns im Kapitalismus, gefördert aus Ostberlin und umgesetzt in militante Demonstrationen, die staatlichen

Polizeieinsatz provozierten, resultierte praktisch in einem Gesellschaftsbild „mit starkem Staat“, von dem man sich (und die Deutschen) in der Reeducation gerade befreien wollte.

Allerdings galt dieses neue Paradigma nur für einen Teil der Bevölkerung, nicht für die West-Deutschen in toto. Und in der wissenschaftlichen Perzeption ergaben sich Frontlinien innerhalb der nunmehr amerikanisierten Soziologie und Politologie. Zudem wirkte sich der Einfluss des Neomarxismus auch auf das Bild von der Staatsfunktion im kapitalistischen Gesellschaftssystem aus. Woran es mangelte, waren empirisch gestützte Argumentationen und Modelle.

Sie sprechen von wissenschaftlichen Frontlinien innerhalb der Soziologie und der Politikwissenschaften. Wo und wie verliefen die gegensätzlichen Diskurse?

Ich stilisiere natürlich ein wenig, wenn ich mit dem Verhältnis der beiden Disziplinen zueinander beginne. Die eher traditionelle Politologie musste sich in ihrer Eigenständigkeit bedroht sehen durch eine Soziologie, die in ihrer wichtigsten Theorie auf das Verständnis der Gesamtgesellschaft, und dies jetzt auch noch im internationalen Vergleich, aus war. Die von Niklas Luhmann gegen massive Widerstände und Vorbehalte seitens der Politologie einerseits und der Frankfurter Soziologie, die sich für das Funktionieren und die Struktur der Gesamtgesellschaft grundsätzlich nicht interessiert, mühsam durchgesetzte Systemtheorie verbreitete sich allmählich. Hinzu kam seit der Studentenbewegung ein neuer Spieler auf diesem Theoriefeld: eine neomarxistische Theorie des Spätkapitalismus.

Die Theorieszene beruhigte sich durch viele Diskurse hindurch allmählich. Nach meiner Einschätzung hatte sich schließlich Luhmanns funktionalistische Systemtheorie, in der das politische System die anderen nicht überragte, sondern diesen gleichgestellt war, weitgehend durchgesetzt – bis Anfang 2020 die reale Politik den „Lockdown“ der Gesellschaft als Reaktion auf die Corona-Pandemie betrieb, übrigens mit überraschend breiter Akzeptanz in der Bevölkerung.

Zurück zur Reeducation: Sie gehen davon aus, dass der Staat infolge der Studentenbewegung und der Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg der USA mit übertriebener Härte durchgegriffen hat. Soweit ich mich erinnern kann, haben damals weite Teile der Bevölkerung das staatliche Handeln begrüßt. Es wurde als verhältnismäßig angesehen, nachdem auf das Gebäude von Axel Springer, dem Verleger der Bildzeitung in Berlin, ein Anschlag verübt wurde. Widerspricht in dieser Hinsicht der harte Einsatz der Polizei wirklich den Zielen der Reeducation? Und wünschte sich die deutsche Gesellschaft in der Mehrheit wieder (oder immer noch) einen starken Staat?

Nichts ist einfach und eindeutig in solchen Fällen. Die einen sind für mehr, die anderen, bezogen auf demselben Fall, für weniger staatliche Gewalt. Das hängt unter anderem davon ab, wie direkt man sich selbst betroffen oder gefährdet

fühlt. Beispielsweise war die Betroffenheitsempfindung in der Zeit von '68 und RAF (Rote-Armee-Fraktion) in Berlin immer viel höher als in Westdeutschland. Erst der Mord an Martin Schleyer änderte diese Perzeption.

Wichtig ist mir aber noch ein anderer, systematischer Punkt. Ein starker Staat und scharfes Recht gegenüber Kriminalität wird fast überall befürwortet. In den USA gibt es die Todesstrafe. Darum geht es mir hier nicht. Meine Frage ist, wie sich das politische System in Relation zu den anderen Bereichen/Subsystemen verhält: herrschaftlich oder zurückhaltend oder gar kooperativ.

Wir sind in Deutschland immer noch in einer Situation des Rückzugs des Staates aus Infrastrukturen wie Bahn, Post, Telekommunikation, Flugverkehr. Andererseits unterminiert der Staat über das Steuerrecht und Bürokratie-Auflagen die nach außen hin staatsfreie, liberalisierte Unternehmenswirtschaft, z.B. bei den Banken. Man muss genau hinschauen, und d.h. empirisch erforschen, wie Wirtschaft oder auch Bildung mehr oder weniger staatsbestimmt funktionieren. Und auf solcher Kenntnis lassen sich dann auch historische Tendenzen formulieren. Darum ging es ja in dieser Frage.

Nehmen wir das Beispiel „Jugendschutz“ im Feld von Film- und Buchproduktion und bei Spielhallen. Hier gibt es als Alternativen die unmittelbare staatliche Genehmigung und Überwachung (starker Staat) oder die freiwillige Selbstkontrolle der Unternehmen (FSK) oder ein z.B. eingerichtetes unabhängiges Bewertungsinstitut mit kirchlichem Bezug (schwacher Staat).

Sie konstatieren, dass sich Niklas Luhmanns funktionalistische Systemtheorie im Diskurs sozialwissenschaftlicher Theorien, in der das politische System die anderen Teilsysteme nicht überragt, weitgehend durchgesetzt hat – und zwar bis zur aktuellen Politik des „Lockdowns“ als Reaktion auf die Corona-Pandemie. Hier würde ich gern etwas weiter ausholen, um am Ende zu meiner nächsten Frage zu kommen:

In der Luhmann'schen Theorie der modernen Gesellschaft gibt es kein gesellschaftsübergreifendes, dominantes System. Die gesellschaftlichen Funktionssysteme wie Politik, Wirtschaft, Recht, Massenmedien oder auch das derzeit stark im Fokus stehende Gesundheitssystem arbeiten nach eigenen Regeln; und daher verarbeiten sie auch alle „Irritationen“, die aus der Umwelt an sie herangetragen werden und zwar nach ihren eigenen Logiken und Normen. Nur so ist doch auch zu verstehen, dass die Politik zwar Entscheidungen zur Regulierung z.B. des Finanz- und Immobilienmarkts setzen kann, welches ja die Aufgabe des politischen Systems ist, dass gleichwohl die Reaktion des Markts nach Marktregeln erfolgt, was dazu führt, dass eine ungewollte Folge einer Mietpreisbremse dann die Wohnungsknappheit sein kann. Die moderne, funktional differenzierte Gesellschaft muss ohne regulierende Macht auskommen. Das ist ihre Schwäche. Dadurch können bestimmte Probleme, wie z.B. der Klimawandel, nur sehr schwer angegangen werden. Was wir aktuell

sehen können, ist dann, übertragen auf die Pandemie, keine Dominanz des Gesundheitssystems oder des politischen Systems vorhanden, sondern wir sehen, dass das Gesundheitssystem zu Zeiten der Pandemie eine Überlastung tragen muss und daher an alle anderen Teilsysteme hohe bis extreme Ressourcenanforderungen stellt: Entscheidungen der Politik, Impfstoffentwicklung aus der Wissenschaft, Impfstoffproduktion aus dem Wirtschaftssystem, Stabilisierung der neuen Verhaltenserwartungen aus dem Rechtssystem und die Aktualisierung der Hintergrundrealität von den Massenmedien. Und die gekoppelten Systeme liefern das, was sie selbst nach ihren eigenen Regeln erzeugen, als Leistung. Damit stehen Sie selbst unter Druck und stellen wiederum hohe Leistungsansprüche an andere Teilsysteme usw....

Dasselbe Beispiel könnten wir auch am Erziehungssystem zeigen. Man kann also mit Luhmann nicht behaupten, dass die Politik die anderen Teilsysteme dominiert, sondern man kann die Verzahnung, die „Umweltoffenheit“ (Luhmann) bei gleichzeitiger „operationaler Geschlossenheit“ der gesellschaftlichen Teilsysteme geradezu beobachten.

Wie ordnen Sie in diesem Kontext Ihre Vorstellungen vom Erstarken des politischen Teilsystems durch die Pandemie ein?

Der Lockdown, die Reaktion von Politik bzw. Staat auf die Corona-Pandemie, lässt sich mit den Luhmann'schen Subsystem-Irritationen und -Reaktionen nicht angemessen beschreiben. Der Staat fährt hier, auf der Basis seiner eigenen Informationen und Wertungen, eine Gesellschaft an die Wand. Die Bevölkerung schluckt das in der trügerischen Hoffnung, dass der Spuk bald vorbei ist und weil seitens der Politik Kompensationen versprochen und auch geleistet werden. Diese lassen sich aber nur über Staatsverschuldung bestreiten, die zu Inflation führt. Alle rechnen mit einer großen Wirtschaftskrise. Viele Folgen dieses massiven Eingriffs der Politik in das gesellschaftliche Funktionieren sind zudem nicht kompensierbar. Sie werden erlitten. (Und der Bundespräsident stellt Kerzen ins Fenster. Geht es noch zynischer?)

Der Staat setzt diese interventionistische, zerstörerische Politik mit Instrumenten alter Art durch: Notstandsverordnungen, Verboten, Bewegungsbeschränkungen, Strafen bei Nichtbefolgung. Wir leben heute fast kaserniert.

Es geht. Es lässt sich machen. Das ist die empirische Erfahrung, die wir alle machen. Luhmanns Bild eines Zusammenspiels von sozialen Funktionen unter Mitspiel der Politik zeigt sich im Verhältnis zu dieser Realität als geschönt und idealistisch. Die Menschen wollen politische Krisenmanager und belohnen diese durch Wiederwahl. Die Politik steuert tatsächlich die Gesellschaft von außen und sucht darin ihre Reputation. Und Machiavelli kehrt als Lehrmeister zurück.

Offenbar goutiert ein Großteil der Bevölkerung dieses Krisenmanagement der Politik – noch. Die Abweichung vom Luhmann'schen Modell des zurückhaltenden Politiksystems wird wohl als durch die heftige Krise der Pandemie legitimiert in Kauf genommen. Man denkt, dass dieser „Sündenfall“ vereinzelt

bleibt und nach erfolgreicher Krisenbewältigung alles wieder wie zuvor ablaufen wird.

Ich bin dezidiert anderer Meinung. Es wird kein Zurück zum Status quo ante geben. Die Politik wird den Zustand „Krise“ in Zukunft immer länger und öfter ausrufen und sich selbst als Krisenmanager deklarieren. Das Volk spielt bei diesen Realitätsbehauptungen fromm mit. Und Medien sind keine kritische Instanz mehr. Der Krisenzustand wird zur Normalitätsannahme. Und die Politik kann permanent und strukturell außerhalb der Systemprozesse bleiben und nach Gusto intervenieren. Sie bekommt sogar Lob dafür. Externalisierte Politik mit staatlichen Eingriffsbefugnissen jeglicher Art und Intensität – das ist der neue Normalzustand. Eine verwaltungs- und verfassungsgerichtliche Kontrolle und Beschränkung staatlichen Handelns läuft leer, weil sie strukturell zu spät kommt.

Die Alliierten haben im Prozess der Reeducation und Demokratisierung Deutschlands auf starke Medien gesetzt. So entstanden z. B. das Magazin „Der Spiegel“ und die Wochenzeitung „Die Zeit“, mit jeweils starken Herausgeber_innen: Gräfin Marion Dönhoff und Rudolf Augstein. Die liberale „Zeit“ und der linksliberale „Spiegel“ spielten in der Nachkriegszeit eine tragende Rolle, als ein Regulativ zur Politik. Denken wir nur an die „Spiegel-Affäre“ und Franz-Josef Strauß. Viele Skandale und Affären gelangten an die Öffentlichkeit. Die Medien prägten auch die Diskussion um Notstandsgesetze Ende der 60 Jahre des letzten Jahrhunderts.

Herr Ronge, was ist passiert?

Zur Reaktion auf diese Frage muss ich etwas weiter ausholen:

Die Konzeptualisierung der modernen Gesellschaft als multisystemisch, deren Einheit sich aus dem „Zusammenspiel“ von Subsystemen ergibt, die auf der Grundlage je eigener Funktionsrationalität Störungen der anderen Subsysteme aufnehmen und verarbeiten (wodurch sie sich selbst verändern), das war Luhmanns Lebensleistung. Diese Strukturvorstellung war gegen die tradierten Konzepte, die seit langem mit höchstens zwei unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft arbeiteten (Staat/Politik und Wirtschaft), revolutionär. Luhmanns Modell hat sich weithin durchgesetzt, in der Sozialwissenschaft und im Selbstverständnis der Bevölkerung. Es lässt viele Fragen, d. h. Aufgaben für die Wissenschaft, offen. Darauf will ich hier nicht eingehen. Der m. E. wichtigste offene Punkt sind Veränderungen in der Zeit. Diese passieren in der Moderne unglaublich schnell. Die Gründe dafür sind nicht leicht zu identifizieren, weil in einer solchen Gesellschaft immer multikausal.

Man müsste für jedes Subsystem alle paar Jahre eine Veränderungsbilanz ziehen. Unter diesem Problem hatte schon die marxistische Theorie gelitten, wie sie unter dem Label des „Spätkapitalismus“ eine ganze Zeitlang mit der Systemtheorie konkurrierte. Der reale Kapitalismus war der Marx'schen Struktur längst entwachsen, u. a. mit Kartellen, Monopolen und Selbstorganisation als Abwehr

gegen staatliche Intervention. So funktioniert überall die zeitliche Veränderung und Entwicklung innerhalb der Funktionssysteme, auch im Mediensystem. Die Lage nach dem Krieg, der erzwungene Neubeginn, hat sich über die Zeit verändert. Man könnte hier viele Veränderungen anführen: die wichtigste ist nach meiner Meinung die allmähliche Umstellung von Information, die sich vor allem auf Politik und Staat bezog und diese hierbei auch kritisch beobachtete, auf Unterhaltung. Selbst politische Themen, deren Anteil gegenüber Unterhaltung heute stark reduziert ist (hier spielt die Zulassung und Nutzung von privaten Rundfunksendern eine Schlüsselrolle), müssen heute in Unterhaltung verpackt werden (Talkshows), um beim Publikum anzukommen.

Natürlich gibt es noch viele weitere Faktoren, die sich aber erst über Subsystemanalysen über die Zeit erschließen. Die sind ziemlich mühsam; und hier hilft Luhmanns Strukturbild der modernen Gesellschaft, so bedeutsam es ist, nicht weiter. Hier braucht es die Mühen empirischer Sozialwissenschaft, bezogen auf die einzelnen Funktionssysteme. Und auch das gesellschaftliche Selbstbewusstsein muss diese Veränderungen zu Kenntnis nehmen. Sie sind nicht nur positiver Art.

Lassen Sie mich meine Gedanken zusammenfassen:

1. Unsere Gesellschaft ist durch ihre multiplen, nach unterschiedlichen Rationalitäten sich entwickelnden Funktionssysteme zu komplex, als dass Sie sich auf ein einziges Charakteristikum bringen ließe. Das hat uns die Systemtheorie gelehrt, und diese Beschreibung stand in Übereinstimmung mit der Realität. Hier hat sich Luhmanns Mühe in der Wissenschaft und im allgemeinen Selbstverständnis durchgesetzt, zu Recht.
2. Die Einordnung der Politik bzw. des Staates als eines der Teilsysteme ohne Vorrang gegenüber anderen, hat sich mit der aktuellen Erfahrung des Lockdowns in Reaktion auf die Corona-Pandemie als empirisch falsch bzw. widerlegt erwiesen. Hier können wir Luhmanns Optimismus nicht folgen. Eine passende Einordnung der Politik in die moderne Gesellschaft ist von der Soziologie erst noch zu leisten. Sie wird dabei nicht auf das traditionelle deutsche Modell zurückgreifen dürfen, von dem wir unter dem Druck der Reeducation nach dem Krieg erlöst worden sind. Vielleicht hilft es in diesem Zusammenhang weiter, sich mit der Entwicklung der Subsysteme in den vergangenen Jahrzehnten zu beschäftigen. Diese zeitliche Perspektive fehlt in der Systemtheorie seit langem. Sie bietet viel Raum für soziologische Forschung und dient dem Selbstverständnis unserer Gesellschaft.
3. Eine eigenständige Politikwissenschaft hat es in den letzten Jahrzehnten höchstens noch als Wahl- und Parteienforschung gegeben. Sie war zur Politischen Soziologie, im systemtheoretischen Kontext, mutiert.

Jetzt, mit einem Paukenschlag, braucht es sie wieder, weil die politischen Institutionen, der Staat, sich in alle überraschender Größe und Gewalt historisch zurückgemeldet hat (Lockdown). Alle denken und hoffen, dass das bald vorbei sein wird, nur eine vorübergehende Abweichung vom Pfad sei. Aber das ist eine Illusion. Es ist das neue Paradigma, für das wir noch keinen theoretischen Weg haben, den wir aber dringend benötigen. Der Staat ist wieder da, wo ist die Politikwissenschaft für diese Lage?

Und die Systemtheorie muss sich neu formieren – in dem Sinne, den Luhmann bekämpft hat. Er erweist sich jetzt als idealistisch.

Da drängt sich doch noch eine Nachfrage auf. Wir stehen kurz vor der Bundestagswahl. Die Bundesregierung hat die Bevölkerung über Monate in den Lockdown geschickt und damit erhebliche Deprivationen ausgelöst. Alle Kommunikation über den Familienkreis hinaus, wurde fast vollständig ins Internet verlagert. Die Alternativkosten dieses „digitalen Hospitalismus“ sind heute schon absehbar, die Zerstörung gefestigter sozialer und ökonomischer Institutionen und Organisationen. Zu befürchten ist daher, dass einerseits sich nach der Pandemie weitere Staatseingriffe zur Rettung aller möglichen gesellschaftlichen Gruppen der Gesellschaft und der Wirtschaft legitimieren lassen, andererseits aber auch noch weitere Themen wie etwa der Klimawandel zu mehr Macht des Staates führen. Was kann die Wissenschaft leisten, um diesen Automatismus im Sinne einer liberalen Demokratie zu verhindern?

Das Wichtigste ist, zu erkennen, dass die Lockdown-Politik kein einmaliger Ausrutscher aus Anlass der Corona-Pandemie ist, sondern eine unerwartete neue staatliche Qualität bildet, die bleibt und auch für viele andere Fälle zur Verfügung steht und von staatlichen Instanzen genutzt werden kann und wird. Dies bildet eine Education-Aufgabe für die Medien, die diese politische Funktion fast vergessen zu haben scheinen. Gleiches gilt für die Politische Bildung, über die ich bisher noch gar nichts gesagt habe, die aber insbesondere für das, was über die eigene Gesellschaft in den Schulen gelehrt wird, von einiger Wichtigkeit ist. Sie hat in gewisser Weise und mit erheblichen öffentlichen Mitteln das fortgeführt, worauf die Reeducation-Politik abgezielt hatte. Dann geht es natürlich um eine Anforderung an die und Aufgabe für die Sozialwissenschaften, d.h. Soziologie und Politologie, sich nicht auf den vor der Lockdown-Erfahrung betriebenen Denk- und Theorieansätzen auszuruhen, d.h. diese fortzusetzen, als hätte es diesen Einschnitt in unsere Gesellschaftsgeschichte gar nicht gegeben. Wir haben mit dem Lockdown eine andere, neue empirische Erfahrung hinsichtlich unseres Verständnisses und Bildes unserer Gesellschaft gewonnen. Mit dieser neuen Realität müssen wir in der Wissenschaft arbeiten. Sie unterscheidet sich kategorial von derjenigen, zu der uns Luhmanns Systemtheorie geführt hat. Das politische System ist doch nicht nur, wie wir allzu leicht geglaubt haben, ein Subsystem unter anderen; es hat durch ihm verfügbare Herrschaft und Recht eine andere Qualität.

Das zukünftige Gesellschaftsbild wird wieder bipolar strukturiert sein – mit dem speziellen Politiksystem „außen vor“. Dass damit nicht ein ideologischer Rückfall in die alte deutsche Staatskonzeption verbunden ist, dafür müssen Sozialwissenschaft, Medien und Politische Bildung sorgen. In diesem Zusammenhang ist auch zu betonen, dass die Zeitdimension der Subsystementwicklungen stärker als bisher in den Blick genommen werden muss. Die Veränderungs-geschwindigkeit ist in allen gesellschaftlichen Subsystemen rasant. Das war nicht Luhmanns Thema, als er seinen Funktionsatlas entworfen hat. Aber wir in den Sozialwissenschaften müssen das in Rechnung stellen – und darüber forschen. Ein Beispiel: Die frühere Differenz von Medienproduktion und Marketing als Teilfunktion der Wirtschaft ist heute fast auf null geschrumpft. Weder einzelne Texte, noch die berufliche Funktion ihrer Produzenten lassen sich noch unterscheiden. Wie gehen wir damit um? Wie wirkt sich das auf die Grenzziehung zwischen den Subsystemen aus?